

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Februar 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	16, 17	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	41, 42
Frau Blunck (SPD)	21, 22	Pauli (SPD)	14, 15
Frau Bulmahn (SPD)	2, 3	Reimann (SPD)	8, 9
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	44, 63	Reuter (SPD)	28, 62
Duve (SPD)	23, 24	Roth (SPD)	49, 50
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	35, 36	Sellin (DIE GRÜNEN)	31, 32
Dr. Emmerlich (SPD)	39, 40	Sielaff (SPD)	12
Häfner (DIE GRÜNEN)	48	Dr. Soell (SPD)	25, 61
Frau Hensel (DIE GRÜNEN)	33, 34	Stahl (Kempen) (SPD)	46, 47
Frau Hillerich (DIE GRÜNEN)	59, 60	Frau Steinhauer (SPD)	10
Jäger (CDU/CSU)	30, 43	Stiegler (SPD)	11, 13
Dr. Jens (SPD)	51, 52	Uldall (CDU/CSU)	57, 58
Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	19, 20	Vosén (SPD)	55, 56
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	37, 38	Frau Walz (FDP)	1, 5
Lowack (CDU/CSU)	26, 27	Wüppesahl (fraktionslos)	29, 45
Frau Dr. Martiny (SPD)	53, 54	Frau Würfel (FDP)	4, 18
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	6, 7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP)
- Inwieweit ist die Deutsche Bundespost in der Lage, privaten Rundfunkveranstaltern mit Aufnahme ihrer Ausstrahlungen die ausgeschriebenen Sendekapazitäten tatsächlich zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß der geplante europäische Brutreaktor technisch nicht auf dem von Bundesminister Dr. Riesenhuber als modernsten Testreaktor bezeichneten Schnellen Brüter (SNR 300) aufbaut?
3. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Wie vereinbart sich die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Forschung und Technologie in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 15. Februar 1989, daß das Kostenvolumen des europäischen Brüterprojektes sich nicht feststellen läßt, mit Angaben des Interatom-Sprechers, der die jährlichen Entwicklungskosten mit 100 Millionen DM bezifferte, sowie mit Angaben aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, denen zufolge das Projekt vom Kostenumfang mit Airbus und ARIANE vergleichbar sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

4. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Trifft es zu, daß nach § 324 StGB (unbefugte Gewässerverunreinigung) Stadträte, Gemeinderäte und Bürgermeister verurteilt werden können, wenn sie im Jahre 1989 zulassen, daß eine Mittelstadt wie beispielsweise Völklingen/Saarland mit ca. 15 000 Haushalten die Abwässer ungeklärt in den Fluß Saar leitet, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Erweiterung dieser Strafbestimmung vorschlagen, nach der in solchen Fällen eine Strafbarkeit begründet wird?
5. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP)
- Hält es die Bundesregierung für möglich, daß durch die Lockerung der Bestimmungen über die Untervermietung von Wohnraum die Wohnungsnot von Studenten und Schülern gemildert werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Welche Erfahrungen liegen über die Effizienz der Sprachkurse für Spätaussiedler vor? |
| 7. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die unverhältnismäßig langen Wartezeiten, die zwischen Anmeldung und Teilnahme bei Deutschkursen gegeben sind, verkürzt werden? |
| 8. Abgeordneter
Reimann
(SPD) | Wie begründet die Bundesregierung ihr Festhalten an der Gesetzesinitiative zur Einführung eines Dienstleistungsabends, die die Möglichkeit zur Offenhaltung von Verkaufsstellen bis 21 Uhr am Donnerstag vorsieht, angesichts der Ergebnisse eines Gutachtens der Hamburger Hochschule für Wissenschaft, wonach die 2,3 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel schon heute – bedingt durch flexible Arbeitszeiten beispielsweise verkaufsoffene Samstage in der Vorweihnachtszeit, Schlußverkäufe und häufige Überstunden – zu den am meisten belasteten Berufsgruppen gehören? |
| 9. Abgeordneter
Reimann
(SPD) | Wie beabsichtigt die Bundesregierung insbesondere die Belastung der weiblichen Beschäftigten im Einzelhandel, die bei regelmäßiger Samstagarbeit zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland gehören, trotz der Einführung eines Dienstleistungsabends zu verringern, angesichts der Ergebnisse des obengenannten Gutachtens, wonach beispielsweise Kassiererinnen schon heute stündlich zwischen 90 und 120 Kilogramm, in Spitzenzeiten an Samstagen sogar bis zu 250 Kilogramm Waren an der Kasse vorbeischieben müssen? |
| 10. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Ist der Bundesregierung eine Auswirkung des Gesundheits-Reformgesetzes bekannt, wonach Rentner und Rentnerinnen als Heimbewohner, wenn die Kosten wegen einer nicht ausreichenden Rente (unter 1 260 DM) von der Sozialhilfe getragen werden und lediglich ein Taschengeld zur Bestreitung persönlicher Bedürfnisse gezahlt wird, von den Zuzahlungen befreit sind, während ein Selbstzahler, dem nach Begleichung der Kosten der Heimunterbringung ein gleiches Taschengeld zur Verfügung steht, die Zuzahlungen, weil die Rente über 1 260 DM liegt, in voller Höhe zu leisten hat, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um solche durch das Gesetz verursachten Folgen auszuschließen? |

11. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

In wie vielen Fällen ist die Arbeitslosenhilfe bisher auf Grund von Unterhaltsansprüchen, die nicht geltend gemacht worden sind, gekürzt worden, und welcher Betrag an Arbeitslosenhilfe ist dadurch eingespart worden, daß auch nach einer anderslautenden Anrechnungsentscheidung des Bundessozialgerichts weiter nach den alten Richtlinien verfahren worden ist und bei der Bewilligung von Arbeitslosenhilfe statt auf die faktischen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitslosen auf die abstrakte Rechtslage abgestellt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Fahrgäste am Wochenende in vielen Bahnhöfen zwar geöffnete Gepäckschalter vorfinden, ihr Gepäck aber dennoch nicht weiterbefördert wird, weil sehr viele Züge mit Gepäckwagen samstags und sonntags kein Gepäck verladen, so daß vielfach die Reisenden von Samstag bis Montagabend auf ihre Koffer warten müssen?

13. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Zeitplan beim Ausbau der Bundesautobahn A 6 von Amberg nach Pfreimd und Waidhaus, und wie schätzt die Bundesregierung auf der Grundlage der bilateralen Gespräche mit der CSSR die Fortsetzung der Autobahn von Rozvadov in Richtung Prag ein?

14. Abgeordneter
Pauli
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Förderung des Fremdenverkehrs durch die Dienststellen der Bundeswasserstraßenverwaltung prüfen zu lassen, an welchen Ufer- und Hafenbereichen den Fremdenverkehrsgemeinden die Auslegung von Anlegestegen für Sportboote ermöglicht werden kann?

15. Abgeordneter
Pauli
(SPD)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls auch bereit, den Fremdenverkehrsgemeinden durch die entsprechenden Dienststellen der Bundeswasserstraßenverwaltung Beratung und Hilfe beim Bau, bei der Auslegung, der Wiedereinholung und der Lagerung von Anlegestellen für Sportboote Hilfestellung zu gewähren?

16. Abgeordneter
Antretter
(SPD)

Sind Informationen zutreffend, denen zufolge die Deutsche Bundesbahn auf der Einrichtung einer Spielhalle im Gebäude des Bahnhofs Aalen beharrt, obgleich der Bundesminister für Verkehr bereits vor Jahresfrist die Einrichtung derartiger Spielhallen in Bahnhofsgebäuden an anderer Stelle unterbunden hat?

17. Abgeordneter
Antretter
(SPD)

Was wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, um die Deutsche Bundesbahn von ihren Plänen in Aalen und entsprechenden Plänen auch für andere Bahnhöfe abzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

18. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)

Welche Städte im Saarland leiten ihre Abwässer ebenfalls ungeklärt in Flüsse, und welche Auswirkungen hat dies auf die Wasserqualität von Mosel und Rhein?*)

19. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Landesregierungen zur Einhaltung der wasserrechtlichen Einleitungsbescheide durch die ihnen nachgeordneten Stellen anzuhalten, wenn diese wie im Falle Bayer-Uerdingen seit 1980 nicht erteilt sind?

20. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)

Welche Kriterien für § 7 a Wasserhaushaltsgesetz fehlen, auf Grund derer die Landesregierung Nordrhein-Westfalen noch keine vollständigen wasserrechtlichen Erlaubnisbescheide ausfertigen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

21. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Weise nach dem Untergang des argentinischen Polarschiffes „Bahia Paraiso“ und der damit verbundenen Umweltkatastrophe in der Antarktis gemäß den Vorschriften des Zusatzabkommens zum Antarktisvertrag eine Ausgleichszahlung geleistet wird?

22. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD)

Wie hoch würde diese Ausgleichszahlung zu beziffern sein, unterstellt, die Havarie wäre in einem Bereich erfolgt, wo das Wellingtoner Zusatzabkommen Geltung haben würde, und an welche Körperschaft würde sie zu leisten sein?

23. Abgeordneter
Duve
(SPD)

War die Bundesregierung über die jetzt bekanntgewordene Absicht des Ex-Diktators von Paraguay, Alfredo Stroessner, der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch abzustatten, informiert?

*) siehe Frage 4

24. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Gibt es Informationen darüber, ob Alfredo Stroessner einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft geltend machen will, um womöglich in der Bundesrepublik Deutschland seinen Wohnsitz zu nehmen, und wie wird die Bundesregierung darauf reagieren?
25. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob im Bhaba Atomic Research Center auch am indischen Atomwaffenprogramm gearbeitet wird?
26. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die deutsche Botschaft in Pretoria Winnie Mandela einen Kleintransporter geschenkt hat, und ist der Bundesregierung bekannt, daß dieser Kleintransporter bei der Entführung eines 14jährigen, später ermordeten schwarzen Jungen, Stompie Moeketsi, aus Soweto verwendet worden sein soll?
27. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Welche Schritte zieht die Bundesregierung in Betracht, um den Schaden am Ansehen und an den Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglichst gering zu halten, falls diese Vermutungen zutreffen?
28. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Sind der Bundesregierung jemals Besorgnisse befreundeter Regierungen über die Verwendung von Beryllium in Atomwaffenprogrammen bekanntgeworden?
29. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Tatsachen, daß die Bundesregierung mit ihrer Kritik an dem völkerrechtswidrigen Abschluß zweier libyscher Militärmaschinen durch die USA nach anfänglicher negativer Kritik an den USA seit der weltweit geübten Kritik am politischen und wirtschaftlichen Engagement aus der Bundesrepublik Deutschland an dem libyschen Chemiewerk nicht mehr zu vernehmen ist, und wie gedenkt die Bundesregierung dem entstandenen Eindruck entgegenzuwirken, daß sie, wie in diesem Beispiel, in ihrer unabhängigen Positionsaussäuerung jederzeit manipulierbar ist?
30. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die teilweise offiziellen Morddrohungen aus dem Iran gegen den Schriftsteller Salman Rushdie zum Anlaß nehmen, diese Angelegenheit vor die zuständigen Gremien der Vereinten Nationen zu bringen, und welche sonstigen Schritte erwägt die Bundesregierung, um den Iran zu einer Rücknahme der Morddrohungen zu veranlassen?

31. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung gegen die stattfindenden Massenhinrichtungen im Iran getan?
32. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Werden gegenwärtig wirtschaftliche Verträge unter außenpolitischer Hilfestellung der Bundesregierung neu abgeschlossen, während zeitgleich die menschenverachtende Hinrichtungs politik der islamischen Ayatollahs ungebrochen ist?
33. Abgeordnete
Frau Hensel
(DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, seitdem sie vom Deutschen Bundestag (Entschließungsantrag Drucksache 11/3660, angenommen am 9. Dezember 1988) aufgefordert wurde, einen ständigen Berichterstatter für Menschenrechte bei der deutschen Botschaft in Teheran zu ernennen?
34. Abgeordnete
Frau Hensel
(DIE GRÜNEN)
- Wann gedenkt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag über die Situation der Menschenrechte gemäß dem genannten Antrag zum erstenmal zu berichten?
35. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Was ist der Bundesregierung über die Situation der politischen Gefangenen im Iran bekannt?
36. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Was ist der Bundesregierung über die laut dem Bericht der UNO-Menschenrechtskommission zunehmenden Folterungen und Hinrichtungen von Frauen unter den politischen Gefangenen im Iran bekannt?
37. Abgeordneter
Dr. Lippelt (Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es seit einigen Monaten im Iran eine Verordnung gibt, auf Grund derer Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nicht mehr ohne Begleitung eines Elternteils ausreisen dürfen?
38. Abgeordneter
Dr. Lippelt (Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung in schriftlicher oder mündlicher Form der iranischen Regierung nahegelegt, sie ersucht oder sie gebeten, die Ausreise von alleinreisenden Kindern oder Jugendlichen zu erschweren oder zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

39. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Gibt es beim Bundeskriminalamt eine „Doku-Erkenntnis“, und sind in ihr Informationen über Abgeordnete enthalten?

40. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Wenn ja, um welche Informationen handelt es sich, und auf welcher Rechtsgrundlage werden diese Informationen erhoben und in die „Doku-Erkenntnisse“ eingestellt?
41. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Treffen Presseberichte vom 15. Februar 1989 zu, wonach der Übung WINTEX/CIMEX das Scheitern nicht nur von Gorbatschows Friedensinitiativen, sondern auch seiner Person zugrunde liegt?
42. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung und/oder ein einzelnes Bundesministerium auf einzelne Bundesländer dahin gehend eingewirkt haben oder einwirken, daß diese ihre Beteiligung an WINTEX/CIMEX intensivieren?
43. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Welche Demonstrationen oder sonstige Proteste in der Bundesrepublik Deutschland sind der Bundesregierung bekanntgeworden, die sich dagegen gerichtet haben, daß kürzlich das sowjetische Kernkraftwerk Tschernobyl wieder mit voller Leistung in Betrieb genommen wurde, ohne daß zuvor Containments oder vergleichbare Sicherungsanlagen eingerichtet worden waren?
44. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit – meine ungenügend beantwortete Frage aus der letzten Sitzungswoche noch einmal aufgreifend –, die Diskriminierung von Bahnreisenden am Grenzübergang Waidhaus zu beenden, die im Gegensatz zu Autoreisenden in die CSSR keine Tagesvisa erteilt bekommen, und ist das im Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesregierung zu sehen, eine Autobahn bis an die Grenze zur CSSR zu verlängern?
45. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Trifft die unter anderem von höheren Polizeibediensteten gemachte Behauptung zu, daß die Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten Gegenstand der Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz bzw. von Landesämtern ist bzw. einzelne Mitglieder – es handelt sich bei allen Mitgliedern/innen um im Polizeidienst aktiv tätige Mitbürger/innen – Gegenstand der Beobachtung von Verfassungsschutzämtern sind, und aus welchen Gesichtspunkten geschieht diese Beobachtung?
46. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Boykott zahlreicher Städte und Gemeinden, die sich widersetzen, den seit 1. Januar 1988 von 9,70 DM auf 11,90 DM erhöhten Betrag für die Druckkosten der neuen Bundespersonalausweise nicht zu bezahlen, nachdem die Bundesregierung den Preis von 9,70 DM pro Stück mit der Bundesdruckerei verbindlich vereinbart hatte und den Kommunen Kosten in Höhe von ca. 25 DM insgesamt entstehen?

47. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß doch die tatsächlichen Kosten der Städte und Gemeinden weit über der bundeseinheitlichen Gebühr von 10 DM liegen, den Kommunen die Kosten, die über die Gebühr von 10 DM hinausgehen, zu ersetzen, und welche anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das durch sie verursachte Problem zu lösen?
48. Abgeordneter
Häfner
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele Demonstrationen haben 1988 in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) stattgefunden, und wie viele Demonstrationen sind nach den Beurteilungskriterien der Bundesregierung unfriedlich verlaufen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

49. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Befürwortet die Bundesregierung die Genehmigungen von Konzernumbauten bei der Volksfürsorge und bei anderen Versicherungsunternehmen durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, obwohl noch Widerspruchs- und Gerichtsverfahren in vergleichbaren Fällen anhängig sind, oder würde sie es vorziehen, zunächst die endgültigen Entscheidungen über die vorliegenden Einsprüche abzuwarten?
50. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben dazu machen, wann und in welchem Ausmaß Kapitalerhöhungen beim Deutschen Herold und bei der Volksfürsorge durch Kapitaleinlagen der Anteilseigner, Gewinnthesaurierung oder andere Finanzierungsarten aufgebracht wurden?
51. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wird die Bundesregierung von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen, um eine Genehmigung bei der Volksfürsorge vor einer endgültigen rechtlichen und sachlich eindeutigen Klärung zu verhindern, und welche Maßnahmen hat bzw. wird sie hierzu ergreifen?
52. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Welche Vorkehrungen (Gesetzesänderungen o. a., z. B. im Rahmen der Novellierung des Versicherungsaufsichtsgesetzes) sind nach Ansicht der Bundesregierung erforderlich, gegebenenfalls schon in die Wege geleitet, um in Zukunft eine klare Trennung zwischen Versicherten- und Aktionärsgeldern sicherzustellen?

53. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, daß nicht Teile des Eigenkapitals beim Umbau des Volksfürsorgekonzerns aus Risikoüberschüssen gebildet wurden, weil vor der Novellierung des Versicherungsaufsichtsgesetzes 1983 keine Transparenz darüber bestand, ob die Risikoüberschüsse auch tatsächlich an die Versicherten zurückgeflossen sind, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus?
54. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der Deutschen Bank, die Versichertenprämien in Risikoprämien einerseits und Sparprämien andererseits aufzuteilen, so daß für die Versicherten genau erkennbar ist, welcher Teil für die Risikoabsicherung und welcher Teil für Sparleistungen verwandt wird, und warum hat die Bundesregierung eine derartige Aufteilung noch nicht für die Lebensversicherungsunternehmen vorgeschrieben, falls sie diese Pläne positiv beurteilt?
55. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Wie lauten die Erlasse des Bundesministeriums der Finanzen zur Unterbringung von Aussiedlern in den Liegenschaften des Bundes — VI C 1 — VV 2400 — 54/88 bzw. 55/88 bzw. 61/88 und die Rahmenbedingungen des Bundesministers des Innern vom 5. September 1988 zur Unterbringung von Aussiedlern?
56. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bundeseigene Liegenschaften für Aussiedler insbesondere den Kommunen zur Verfügung zu stellen, die in hohem Maße vom Aussiedlerproblem betroffen sind, und würde die Bundesregierung gegebenenfalls diese Wohnungen modernisieren lassen?
57. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung, Mieterträge von Grundstücks-Investmentfonds der kleinen Kapitalertragsteuer zu unterwerfen, mit dem politischen Willen vereinbar, ausgeschüttete Mieterträge nicht mit Quellensteuer zu belasten?
58. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Trifft die Vermutung zu, daß die gemäß § 45 des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften erfolgte Zuordnung von Mieterträgen aus Investmentfonds zu den Einkünften aus Kapitalvermögen nur aus Vereinfachungsgründen erfolgte, wobei sich die Quellensteuerbelastung der Mieterträge als unbeabsichtigter Nebeneffekt ergab?
59. Abgeordnete
**Frau
Hillerich**
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung verbindlich zusichern, daß unverzüglich ein Nachtragshaushalt für 1989 vorgelegt wird, der den angekündigten Bundesanteil in Höhe von 150 Millionen DM für das Hochschulsonderprogramm von Bund und Ländern enthält?

60. Abgeordnete
**Frau
Hillerich**
(DIE GRÜNEN)

Treffen Informationen zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Voss, im Haushaltsausschuß geäußert hat, daß das Programm von Bundesminister Möllemann „in diesem Ausmaß nicht akzeptabel“ ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

61. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)

Haben diese Erkenntnisse bei der Genehmigung von Beryllium-Exporten nach Indien im Jahr 1984 irgendeine Rolle gespielt?¹⁾

62. Abgeordneter
Reuter
(SPD)

Haben diese Besorgnisse zu Konsequenzen bei der Genehmigung von Reinst-Beryllium-Exporten geführt?²⁾

63. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Stimmt die Bundesregierung Herrn Schürmann (Handelsblatt 7. Februar 1989) zu, daß es in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit an einer kalkulierbaren Energiepolitik mangle, und wann gedenkt sie den nächsten Energiebericht vorzulegen?

Bonn, den 17. Februar 1989

¹⁾ siehe Frage 25

²⁾ siehe Frage 28